

# Die Verpflegsfragen.

## Dringende Reformen.

Bessere Verteilung der Lebensmittel. — Ordnung des Brotbezuges. — Das „Anstellen“. — Die Kartoffelversorgung. — Die Uebelstände beim Fettverkaufe. — Nichthonorierung der Butterlarte. — Eine Mahnung zur Höflichkeit!

Die Forderung weiter Kreise geht dahin, die vorhandenen Lebensmittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Gerade dadurch wird viel Erbitterung hervorgerufen, daß ein Teil der Bevölkerung sich einschränken muß, während ein anderer davon nichts verspürt. Wer zur Zeit, als Mehl, Fett, Zucker, Kaffee und andere nicht dem Verderben leicht unterliegende Artikel noch verhältnismäßig mühelos zu erlangen waren, mit Aufwendung beträchtlicher Geldmittel seine Vorratskammern gefüllt hatte, ist jetzt der täglichen Sorge um Beschaffung dieser Lebensmittel enthoben. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung befindet sich aber nicht in dieser angenehmen Lage. Einerseits, weil es den meisten Leuten an Geld für umfangreiche Vorratskäufe fehle, andererseits jedoch aus dem Grunde, weil die Mahnungen der Behörden auf Unterlassung der Hamsterei vielfach befolgt worden sind. Diese Selbstdisziplin weiter Kreise war eine solenne Vertrauenskundgebung für die Lebensmittelbehörden, eine erhebende Betätigung des Gemeinfinns. Zweifellos waren die Behörden bestrebt, all die schwierigen Probleme der Lebensmittelversorgung zu lösen, unter Beobachtung auf öffentliche Interessen und unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse. Indessen haben die Erfahrungen ergeben, daß die getroffenen Vorkehrungen für den ungestörten Gang der Verbrauchswirtschaft nicht hinreichen. Die Hemmnisse im Bezuge von Mehl, Brot, Fett, Kartoffeln und dergleichen sind nicht allein auf die zeitweise auftretenden, durch die außergewöhnlichen Zeitumstände bedingten Störungen unterschiedlicher Art, als verlangsamte Erzeugung, Einbringung, erschwerte Zufuhren zurückzuführen, sondern auch auf Mängel des Systems in der Versorgung und Verteilung. Der für die meisten Artikel des täglichen Bedarfs eingeführte Zwang der Räte kann naturgemäß nur dann Wirkungen der Gleichmäßigkeit erzielen, wenn damit die Regelung des Bezuges verknüpft ist. Zu dieser Erkenntnis sind die Verbraucher längst gelangt und die zahllosen Vorschläge und Pläne, die seit Monaten vorgebracht, empfohlen und besprochen werden, gipfeln durchwegs in der Forderung nach einer gründlichen Organisation des Verkaufes, die Gewähr bietet, das Bezugsrecht nach der Lebensmittelkarte auch wirklich ausüben zu können. Dem tief eingensetzten Uebel der Regellosigkeit, Ratlosigkeit beim Einkauf und dem daraus sich ergebenden Mißstand des Anstellens ist nur durch die Rationierung beizukommen.

Die Gemeinde Wien hat mit der Errichtung der städtischen Mehlabgabestellen den Anfang gemacht. Bewährt sich diese wichtige Reform — und nach den sorgfältigen Vorbereitungen ist daran nicht zu zweifeln — dann muß ihr unverzüglich die Rationierung anderer unentbehrlicher Bedarfsgegenstände folgen. In einer Unterredung mit den Vertretern der Tagespresse wurde die Absicht ausgesprochen, das Werk der Rationierung fortzusetzen. Die Bevölkerung nimmt diese Erklärung mit Genugtuung auf, sie wird den Reformeifer der Stadtverwaltung dankbar begrüßen und darüber gerne die Verjämnisse der Vergangenheit vergessen. Viel bleibt noch zu tun übrig. Vor allem ist eine Ordnung im Brotbezug unaufschiebbar. Die Kalamitäten der Brotversorgung dauern nun schon seit zwei Monaten, und wenn es auch jetzt damit etwas erträglicher geworden ist, fehlt zur Besserung noch ein gut Stück Weges. Die Gemeinde hat auf die hiebei in Betracht kommenden Stellen, Ernährungsamt und Kriegsgetreideverkehrsanstalt, genügenden Einfluß, um die Voraussetzungen für eine erprobte Reformarbeit zu schaffen. Sie konnte bei der Durchführung der Mehleintheilung Garantien für ungestört fortlaufende Dotierung erlangen, sie wird also umso eher bei der Regelung der Brotabgabe die erforderlichen Sicherstellungen erwirken. Die Reichsstellen erachten es ja als ihre selbstverständliche Pflicht und Aufgabe, die Lebensmittelversorgung in geregelte Bahnen zu lenken, sie werden demnach geeigneten Reformvorschlägen, die unter Beseitigung arger Mißstände eine zufriedensstellende Verteilung herbeiführen können, zustimmen und ihre rasche Verwirklichung durch Beistellung der Verbrauchsmengen ermöglichen.

Nicht minder wichtig ist die Umgestaltung der bislang geltenden Methoden der Kartoffelversorgung, sowie des Fettverkaufes. Für die Kartoffelversorgung Wiens hat der Magistrat einen vortrefflichen Plan ausgearbeitet, alles wurde erwogen, berechnet, eingeteilt. Aber was nützen die sorgsamsten Projekte, wenn der Gegenstand, um den es sich handelt, fehlt. Wir besitzen außer dem Magistratsplan und den ihn sichernden Zusagen der Kartoffelzentrale auch entsprechende Aufträge der Regierung an die Landesbehörden, die wiederum verpflichtet sind, in ihrem Wirkungsbereich das Ausbringen der Ernte zu überwachen, die Erzeugnisse zu betreiben. Trotz dieser vielfach ineinandergreifenden Arbeit aller erdenklichen Machtfaktoren sind die Kartoffelzufuhren ungenügend. Wo der Hemmschuh liegt, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Die gemeinderätliche Obmännerkonferenz, welche sich vorgestern mit dieser Frage befaßte, formulierte wohl eine Reihe von Forderungen an die Regierung, über die tieferliegenden Ursachen der Knappheit hat sie uns jedoch keinen Aufschluß gegeben. In dem Referat des Magistratsrates Dr. Ehrenberg wurde lediglich konstatiert, daß anstatt der im Programm festgesetzten Zahl von 7500 Waggons tatsächlich erst ungefähr 4000 Waggons in Wien eingelangt sind. Es wird behauptet, daß an diesen unzureichenden Zufuhren die Saumseligkeit und sogar absichtliches Zurückhalten der Bauern schuld ist. Die geltenden Höchstpreise genügen den Landwirten nicht, sie verlangen